

BAGFW-Fachtagung Licht am Ende des Tunnels?



Kompetenzzentrum
Betreuungsverein

Mittwoch
23. Oktober 2019

Anthroposophisches Zentrum
Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel

Das Betreuungsrecht kommt in Bewegung.
Endlich! Aber in welche Richtung geht es?

Die aktuelle Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung ist ein erster, längst überfälliger Schritt, um die Betreuungsarbeit auch in Zukunft sicherzustellen. Die Anpassung kann nicht alles gewesen sein, allenfalls ein wenig Licht am Ende des Tunnels. Der aktuelle Diskussionsprozess im BMJV beschäftigt sich mit Fragen der Stärkung der Selbstbestimmung und Autonomie unterstützungsbedürftiger Menschen und der Verbesserung der Qualität in der rechtlichen Betreuung. Er prüft eine effektivere Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes und die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Betreuungswesen.

Anmeldung

Die Anmeldung ist ab sofort bis
2. Oktober 2019 ausschließlich online über
diesen [Link](#) möglich.

Tagungsbüro

Britt Kutscha, BAGFW
Tel. 030 24089-118
britt.kutscha@bag-wohlfahrt.de

Daran soll sich ab 2020 ein Gesetzesvorhaben
anschließen.

Diese aktuellen Entwicklungen und deren
mögliche Auswirkungen auf die Praxis wird der
Fachtag beleuchten. Zugleich bietet er den
Teilnehmer/innen die Chance, den am
Diskussionsprozess beteiligten Vertreterinnen der
BAGFW, Impulse aus der Praxis für ihre Arbeit
mitzugeben. Wir beleuchten außerdem die Lage
in den Ländern: Wie können Betreuungsvereine
unter den gegebenen oder zukünftigen
Rahmenbedingungen ihr Profil schärfen und
Qualitätsstandards entwickeln?

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Teilnahmegebühr

Die Teilnahme an der Fachtagung kostet
80,00 EUR. Nach Ihrer Onlineanmeldung
erhalten Sie eine Rechnung an die angegebene
E-Mailadresse. Eine verbindliche
Anmeldebestätigung erhalten Sie per E-Mail,
nachdem Ihre Teilnahmegebühr lt. Rechnung
eingegangen ist.
Eine Stornierung der Anmeldung ist bis 10
Arbeitstage vor der Veranstaltung kostenfrei,
bis 5 Arbeitstage vorher werden 50 % der
Kosten erstattet. Bei kurzfristiger Absage können
keine Teilnahmegebühren erstattet werden.
Selbstverständlich können Ersatzpersonen
benannt werden.



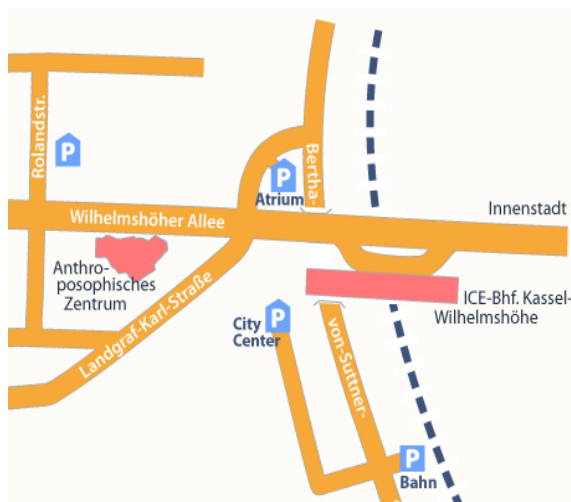
Programm

Einlass und Registrierung ab 10.30 Uhr mit Begrüßungskaffee

Moderation:

Tom Hegermann, freier Journalist (WDR)

- | | |
|-----------|---|
| 11:00 Uhr | Begrüßungstalk
mit einem Vertreter der BAGFW, Vertretern des Sozialministeriums Hessen und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz |
| 11:30 Uhr | „Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht“
Vorstellung des Sachstandes im Diskussionsprozess des BMJV
Torsten Joecker, BMJV
Sabine Normann-Scheerer, BMJV |
| 12:10 Uhr | Gesetzlicher Auftrag des Betreuungsvereins
Klaus Gölz, BGT, ehem. Leiter der Betreuungsbehörde Stuttgart |
| 12:30 Uhr | Mittagspause |
| 13:30 Uhr | Workshops |
| 14:30 Uhr | Kaffeepause |
| 15:00 Uhr | Gesprächsrunde/ Interviews zur Situation in den Bundesländern
<i>Baden-Württemberg:</i> Andreas Grau, SM; Bernhard Ortseifen, SKM Heidelberg
<i>Schleswig-Holstein:</i> Philip Kersting, JM; Andreas Creutzberg, IG
Betreuungsvereine SH
<i>Hessen:</i> Helga Steen-Helms, SM; Martina Heide-Ermel, BtV der Diakonie in Hessen |
| 16:00 Uhr | Abschlusserklärung |
| 16:30 Uhr | Ende der Veranstaltung |



Tagungsort

Anthroposophisches Zentrum
Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel

Anreiseempfehlung

Der ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe liegt nur 200 m vom Anthroposophischen Zentrum entfernt. Empfehlungen für Hotels und günstige Unterkünfte in der Umgebung finden Sie unter den Besucher-Informationen auf der Webseite www.az-kassel.de



Workshops (analog zu den Arbeitsgruppen im BMJV)

AG 1: Stärkung des Selbstbestimmungsrechts

Die Ergebnisse des Abschlussberichts zum Forschungsvorhaben „Qualität in der rechtlichen Betreuung“ weisen darauf hin, dass bei Anordnung und Ausführung der rechtlichen Betreuung Autonomie und Selbstbestimmung von Betreuten in Teilen nicht optimal verwirklicht werden. In der AG 1 wurde mit Vertretern aus allen Bereichen des Betreuungsrechtes diskutiert, ob es nötig und ausreichend sei, die gesetzlichen Vorschriften über die unterstützende Entscheidungsfindung zu konkretisieren. Ferner wurde erörtert, ob weitere, gesetzliche Änderungen die Rechte des/r Betreuten mehr sichern und schützen könnten. In der Diskussion wurde aber auch deutlich, dass es allein mit gesetzlichen Änderungen nicht getan ist.

Sabine Weisgram, AWO

AG 2: Betreuung als Beruf und die Vergütung der beruflichen Betreuer

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass die Finanzierung der unverzichtbaren Arbeit der Betreuungsvereine in Zusammenarbeit mit den Ländern gestärkt und für eine angemessene Vergütung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer zeitnah Sorge getragen werden soll. Außerdem enthält er die konkrete Vorgabe, „die Qualität der Betreuung sowie Auswahl und Kontrolle von Betreuerinnen und Betreuern“ zu stärken. Die Fach-AG 2 hat sich daher auch umfassend mit der Frage beschäftigt, wie die Qualität der von beruflichen Betreuern ausgeübten rechtlichen Betreuung verbessert werden kann.

Kirstin von Witzleben Stromeyer, DRK

AG 3: Ehrenamt und Vorsorgevollmacht (Situation der Betreuungsvereine)

Das geltende Betreuungsrecht normiert den Vorrang der ehrenamtlichen Betreuungsführung – und das nicht nur aus Kostengründen. Vielmehr stellt die Ehrenamtlichkeit der rechtlichen Betreuung das gesetzgeberische Leitbild dar und steht für gesellschaftliche Solidarität. Als im besten Fall optimale Unterstützungsform der Betreuungsführung für die Betroffenen ist sie der beruflich geführten Betreuung vorzuziehen. Damit das gelingen kann, sollten alle Ressourcen genutzt werden, die ehrenamtliche Arbeit in der Bevölkerung zu aktivieren. Welche Rahmenbedingungen sind dafür notwendig? Wie können die Betreuungsvereine gestärkt werden?

Barbara Dannhäuser, Caritas, SkF, SKM

AG 4: Rechtliche Betreuung und „andere Hilfen“

Die Fach-AG 4 befasst sich mit der Schnittstelle zwischen rechtlicher und sozialer Betreuung. Das Ziel, den betreuungsrechtlichen Erforderlichkeitsgrundsatz effektiver umzusetzen, rückt insbesondere sozialrechtliche Hilfen als vorrangige Unterstützungsangebote in den Blick. Allerdings berührt die Idee, sozialrechtliche Unterstützung verstärkt als vorrangige Hilfen im Vorfeld rechtlicher Betreuung einzusetzen, neben den Belangen der Justizverwaltung auch die der sozialrechtlichen Leistungsträger. Die notwendige Fragestellung löst deshalb einen erheblichen Abstimmungsbedarf zwischen unterschiedlichen Akteuren und deren Belangen aus.

Dr. Friederike Mussnug, Diakonie

